

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 24 (1944-1945)
Heft: 5

Artikel: Der Wiederaufbau der internationalen Arbeiterbewegung
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-335099>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

herbeiführen helfen und durch die kollektive Sicherheit den Frieden unter den Völkern.

Der Wiederaufbau der internationalen Arbeiterbewegung

So wie die nationale Arbeiterbewegung der einzelnen Länder in zwei Organisationsformen, den Gewerkschaften und den Parteien, zusammengefaßt sind, so ist auch die internationale Bewegung zwiefach organisiert im Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) und der Sozialistischen Arbeiterinternationale (SAI).

Während der IGB seine Tätigkeit im zweiten Weltkrieg mehr oder weniger intensiv fortsetzen konnte, hat die SAI mit dem Zusammenbruch Frankreichs im Sommer 1940 ihre Tätigkeit vollständig eingestellt (von der Kommunistischen Internationale sehen wir in dieser Übersicht aus zwei Gründen ab zu sprechen: die KI war immer nur ein Werkzeug der russischen Außenpolitik; sie ist als solches im Mai 1944, weil nicht mehr nötig, für die russische Außenpolitik eher belastend wirkend, aufgelöst worden).

*

Der Wiederaufbau der internationalen Arbeiterbewegung wird nach dem zweiten Weltkrieg für die Gewerkschaften leichter fallen als für die Arbeiterparteien. Der Weltkongreß der Gewerkschaften vom Februar 1945 soll zur Grundsteinlegung der neuen Gewerkschaftsinternationale werden. Es sind dabei eine Reihe von Fragen zu klären:

Soll der Aufbau wie bisher nach Landes- und nach Berufsorganisationen erfolgen, soll einer der beiden Organisationsformen die Vorrang gewährt werden, welche sozial- und wirtschaftspolitischen Aufgaben sollen international zuerst gelöst werden, wie ist der Wiederaufbau der Gewerkschaften in den Ländern der Achsenmächte an Hand zu nehmen?

Wir veröffentlichen dazu eine Reihe von Dokumenten im Anhang, die zeigen, wie schwer die Lösung der aufgeworfenen Fragen ist.

*

Der Wiederaufbau der politischen Arbeiterbewegung als Sozialistische Internationale wird noch schwieriger sein als derjenige der Gewerkschaftsinternationale. Das hat die erste internationale Fühlungnahme vom 10. bis 14. Dezember 1944 in London gezeigt. An dieser Konferenz waren vertreten: England, Frankreich, Belgien, Holland, Norwegen, Schweden, die Schweiz, Italien, Polen, Spanien, Palästina. Es wurde die Durchführung einer Erhebung beschlossen. Der Fragebogen dazu ist von einer Kommission der ad hoc zusammengesetzten Konferenz aufgestellt worden. Er soll als Grundlage der Weiterführung der Arbeiten beim Wiederaufbau der Internationale der sozialistischen Arbeiterparteien dienen. Wir veröffentlichen auch hierzu à titre de documentation einige Berichte. Die SPS hat ihre Stellungnahme dazu noch nicht festgelegt.

Dokumente zum Wiederaufbau der gewerkschaftlichen und politischen Internationale

*Beschluß der 1. internationalen Konferenz der sozialistischen
Arbeiterparteien in London (10. bis 14. Dezember 1944)*

«Bruderdelegierte der kontinentalen Sozialistischen Parteien am Labourparteitag sind auf Einladung der Labourpartei zu einer Sitzung zusammengetreten.

Im Geiste der Freundschaft, der Aufrichtigkeit und des gegenseitigen Vertrauens haben sie Berichte über die Lage in ihren Ländern und Parteien ausgetauscht. Sie gaben ihrer Überzeugung Ausdruck, daß kein stabiler Friede möglich ist, der nicht auf dem Willen der Völker beruht. Es sei deshalb notwendig, daß jede Partei die Pläne und Vorschläge der Regierungen und der Sozialistischen Parteien für die Organisierung des Friedens studiere und die Schlußfolgerungen zum Gegenstand des Austausches mit den Sozialisten anderer Länder mache. Während der letzten Woche des Februars 1945, im Anschluß an den Weltgewerkschaftskongreß, werden die Delegierten der Sozialistischen Parteien wieder in London zur gemeinschaftlichen Diskussion zusammentreten, welche, wie sie hoffen, zur Annahme gemeinschaftlicher Schlußfolgerungen in diesen Fragen führen wird.»

Aus illegalen Zeitschriften

Am 18. Juni 1942 veröffentlichte der illegale «*Populaire*» ein Manifest des Comité d'Action Socialiste, das ist die illegale französische Sozialistische Partei. Darin heißt es:

«Ein gesundes Europa oder eine Weltordnung kann nur geschaffen werden, wenn die Friedensverträge jeden Machtmißbrauch, Unterdrückungsmaßnahmen oder die Aufteilung von Gebieten vermeiden . . . Es ist zwar eine Tatsache, daß heute die öffentliche Meinung in den besetzten Ländern und bei den kriegführenden Völkern immer weniger zwischen dem *deutschen Volk und seinen Beherrschern* unterscheidet. Trotzdem müssen wir uns darauf vorbereiten, in völliger Ruhe die Bedingungen eines dauernden Friedens zu untersuchen. Wir müssen eine Lösung finden, die zu einem dauerhaften Frieden führt und nicht wieder *Rachegefühle* und *Chauvinismus* hervorrufen.»

Und genau ein Jahr später, im Juni 1943, schreibt die gleiche Zeitung, was eine solche Lösung im einzelnen bedeuten würde. Klar, eindeutig und mutig schreiben die französischen Sozialisten:

«Der deutsche Militärapparat muß total zerstört, die Macht der Schwerindustrie gebrochen, und der Großgrundbesitz sozialisiert werden. Diese deutsche Revolution müssen wir unterstützen. Deutschlands Einheit ist eine historische Tatsache. Darum lehnen wir alle Vorschläge zu einer Aufteilung Deutschlands ab. Die Vorherrschaft Preußens und des preußischen Geistes muß gebrochen werden durch den Aufbau eines föderativen Systems, durch eine Kontrolle der deutschen politischen Einrichtungen und seiner Erziehung. Doch diese notwendigen Reformen können nur durchgeführt werden in einer Welt, in der Sozialisten einflußreich genug sind, um eine enge und freundliche Zusammenarbeit mit deutschen demokratischen Kräften zu erzwingen . . .

Die Idee, Europa unter zwei oder drei Großmächten aufzuteilen, weisen wir zurück. Alle Nationen, auch die mächtigsten, müssen einen großen Teil ihrer Souveränität aufgeben.»

Die illegale Sozialistische Partei Italiens veröffentlichte im September 1942 ihre Ansicht zur zukünftigen Gestaltung Europas. In einem besonderen Manifest erklärten die italienischen Sozialisten:

«Die alten und reaktionären Systeme, aufgebaut auf souveränen Nationalstaaten, müssen verschwinden. Die Aufteilung Europas in Einflusssphären der siegreichen demokratischen Staaten wäre nur eine Fortsetzung der verhängnisvollen Balance-of-Power-Politik, und damit eine Vorbereitung des nächsten Krieges.

Politische Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht der Völker innerhalb der europäischen Föderation können nur garantiert werden, wenn die *Kommandohöhen der Wirtschaft sozialisiert werden*. Eine europäische Einheit auf der Grundlage der gegenwärtigen kapitalistischen Beziehungen würde nur in der Herrschaft der Hochfinanz und der Industrie enden.»

Die *polnische illegale sozialistische Zeitschrift* «Freiheit» schreibt über die internationalen Beziehungen:

«Die Frage der zwischenstaatlichen Beziehungen nach diesem Kriege wird, je mehr wir uns seinem Ende nähern, zu der dringendsten und wichtigsten. In den versklavten Nationen und unter denen, die heute offen den Krieg gegen die totalitären Mächte führen können, gibt es *ganze soziale Klassen, die die Zukunft nur als eine Rückkehr in die Vergangenheit sehen*. Sie möchten umkehren zu der Welt des Kapitalismus und Imperialismus, die uns zwei blutige Kriege brachte.

Wir lehnen eine Politik internationaler Beziehungen ab, die nur auf Macht und Gewalt aufgebaut ist. Wir wollen nicht immer die besten Söhne unseres Landes opfern, wie es während der vergangenen 150 Jahre geschah. Eine Organisation Europas auf einer neuen Grundlage von Zusammenarbeit, Sicherheit und Freiheit würde Polen dagegen neue und einzigartige Möglichkeiten geben, seine historische Mission zu erfüllen, die in der geographischen Lage und den Fähigkeiten und der Jugend seiner Bewohner enthalten ist.»

Und wie sehr sich die polnischen Illegalen darüber klar sind, was diese Forderung praktisch bedeutet, das geht aus ihren Ansichten hervor, die sie über die «deutsche Frage» veröffentlicht haben. Sie sagen dort:

«Der Ruf nach Vergeltung, so gerecht und verständlich er heute auch erscheint, kann in Zukunft leicht in den Wunsch umschlagen, *andere Nationen zu beherrschen*. Auf diese Weise können nach der Niederlage des Nazismus seine Gewaltmethoden wieder auferstehen. Wir müssen deshalb alle *Racheleidenschaft beiseite lassen* und einfach den Idealen internationaler Gerechtigkeit folgen. Das polnische Volk kämpft diesen Krieg nicht zur Befriedigung von Rachegehlüsten, sondern für die gerechte Stabilisierung seiner Zukunft.»

Die illegale Zeitschrift der *norwegischen Gewerkschafter* fordert:

«Die demokratische Welt muß helfen, Deutschland neu zu formen, indem sie seine demokratischen Kräfte unterstützt. Wenn der Nazismus wirklich vernichtet werden soll, dann müssen seine wesentlichen sozialen Wurzeln beseitigt werden: *die verhängnisvolle Verbindung zwischen Schwerindustrie, Großgrundbesitz und Generalität*.

Die Arbeiterklasse wird ein wichtiger Faktor in diesem Umformungsprozeß sein. Sie wird die Demokratie durch *Maßnahmen sozialistischer Natur* zu stärken suchen. — Viel hängt davon ab, ob die siegreichen Mächte und ihre Armeen eine solche Entwicklung hindern oder unterstützen.

Eine Behinderung demokratischer und sozialistischer Bewegungen würde nicht nur dem Geist der Atlantic Charta widersprechen, sondern auch die Reaktion stärken.»

Die *holländische* Zeitschrift «Vrij Nederland» veröffentlichte einen Artikel aus einer illegalen holländischen Zeitschrift, in dem es heißt:

«Jeder Versuch, Deutschland wirtschaftlich niederzuhalten oder es aufzuteilen, steht außerhalb einer vernünftigen Betrachtung. Es ist unbedingt nötig, Deutschland in eine geplante europäische Wirtschaft aufzunehmen.

Entscheidend ist, daß nicht nationale Staaten, sondern die europäische Gemeinschaft Ausgangspunkt internationaler Überlegungen sein muß. Eine weitere Frage ist, wieviel Souveränität den einzelnen Staaten belassen werden kann.

Gleichheit der Rechte würde nicht eine Wiederherstellung der souveränen Rechte der besiegten Nationen sein, sondern die Garantierung eines begrenzten Einflusses innerhalb eines europäischen Rates oder einer Föderation.»

In einer Erklärung der «Union deutscher sozialistischer Organisationen in England» heißt es:

«Wir deutschen Sozialisten und Gewerkschafter sind entschlossen, nach dem Sturz der Hitlerdiktatur in Deutschland die *sozialen Grundlagen des deutschen Nationalsozialismus und Imperialismus zu zerstören* und in der Außenpolitik des neuen Deutschlands durch sichtbare Leistung den Willen dieses neuen Deutschlands zu einer friedlichen Zusammenarbeit zu beweisen. Wir sehen in der vollkommenen militärischen Abrüstung Deutschlands, die der militärischen Niederlage Hitlerdeutschlands folgen, und die auch die Entwaffnung aller Partei- und Wehrorganisationen umfassen muß, einen ersten notwendigen Schritt zur Befriedung Europas...

Wir deutschen Sozialisten und Gewerkschafter sind uns bewußt, daß die Prinzipien des Selbstbestimmungsrechts und der internationalen Zusammenarbeit nur in dem Maße verwirklicht werden können, wie alle Nationen auf ihre militärische und wirtschaftliche Souveränität zugunsten einer größeren Einheit verzichten. Wir sind überzeugt, daß ein demokratisches und sozialistisches Deutschland seinen vollen Beitrag zu einer solchen übernationalen Neuordnung leisten wird.»

Um die Zukunft der Niederlande

I. Eine Rundfrage in 5 Punkten

Es handelt sich um die Veröffentlichung einer illegalen Schrift, in der die verschiedenen Gruppen von den Katholiken bis zu den Kommunisten zu fünf Fragen, welche die Nachkriegsordnung betreffen, Stellung nehmen. Die Fragen lauten:

1. «Demokratie.» Wie soll der Volkswille in der Staatsverfassung zum Ausdruck kommen?
2. «Persönliche Freiheit.» Auf welchen Gebieten und in welchem Maß soll die persönliche Freiheit beschränkt werden?
3. «Volkswirtschaft.» Nach welchen Grundsätzen und in welchem Ausmaß muß der Staat in das wirtschaftliche Leben eingreifen?
4. «Internationale Wirtschaft.» Nach welchen Grundsätzen muß auf wirtschaftlichem Gebiet internationale Zusammenarbeit angestrebt werden?
5. «Nach der Befreiung.» In Beantwortung der vorhergehenden Fragen ist ein Programm zum Ausdruck gekommen. Wie stellt man sich die politische Entwicklung vor, die zur Verwirklichung dieses Programms führen kann?

Die Sozialdemokratische Partei äußert ebenfalls ihren Willen, daß nach dem Krieg die demokratische Form beibehalten werden solle. Sie wünscht und

erklärt sich bereit zu einer engeren Zusammenarbeit mit den andern Parteien. Sie weist auf den möglichen Anknüpfungspunkt hin, der darin liege, daß alle weitgehend das gleiche meinen, wenn zum Beispiel die Katholiken das Subsidiaritätsprinzip, die antirevolutionäre (protestantische) Partei den Begriff «Souveränität in eigenen Belangen» und sie selbst die Forderung der «funktionellen Dezentralisation» aufstellen. Sie meinen damit die Regelung des wirtschaftlichen Lebens durch Berufsorganisationen (deshalb Dezentralisation aus den Händen der Regierung!), in denen Arbeiter, Unternehmer und Behörden vertreten sind. Tatsächlich kommen sie in dieser Art «Demokratisierung der Wirtschaft» den Plänen der Katholiken sehr nahe, nur daß die Sozialdemokraten darüber hinaus noch die Sozialisierung der wichtigsten Produktivgüter verlangen, die durch diese Organisationen dann verwaltet werden sollten. Über den einzelnen Organisationen würde ein sogenannter «allgemeiner sozialökonomischer Rat» stehen, eine Wirtschaftskammer. Das verstehen die Sozialdemokraten unter ihrem Prinzip: «funktionelle Dezentralisation». Nicht mit Unrecht bemerken sie, daß sie damit nichts anderes wollen als «die Durchführung des Subsidiaritätsprinzips» der Katholiken.

Neue Wirtschaftsordnung in Frankreich

Der Expertenbericht des Comité National d'Etudes über die neue Wirtschaftsordnung in Frankreich

Während das kurzgefaßte wirtschaftliche Aktionsprogramm der «Résistance» überwiegend sozialpolitisch orientiert ist, hat eine Kommission wirtschaftlicher Sachverständiger (Comité Général d'Experts) aus dem Kreise der volkswirtschaftlichen Abteilung der Bank von Frankreich und des französischen Instituts für Konjunkturforschung in einem im Jahre 1943 illegal erschienenen Bericht über die Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit mehr die *nationalwirtschaftlichen Gesichtspunkte* in den Vordergrund gerückt. Obschon dieser Bericht in der Presse erschienen ist, soll er im Interesse einer vollständigen Dokumentation in kurzer Zusammenfassung wiedergegeben werden.

Interessant ist in diesem Bericht die Stellungnahme zur wirtschaftlichen Neuordnung, wobei einleitend die Notwendigkeit einer einschneidenden Änderung der Wirtschaftsstruktur in Einklang mit dem eindeutigen Reformwillen der Öffentlichkeit besprochen wird. Die Verfasser sind nämlich der Ansicht, daß den strukturellen Fragen nicht das Primat gebührt, sondern Frankreich erst eine *moralische Revolution* durchmachen müsse, um die Priorität des gemeinnützigen Interesses vor dem gruppenegoistischen zur Geltung zu bringen.

Als Träger solcher gruppenegoistischen Wünsche werden dabei nicht nur Trusts und verschiedene Interessenvertretungen der Geschäftswelt bezeichnet, sondern auch die Arbeiterschaft, die erst wirtschaftlich erzogen werden müsse, ehe ihr Führungsaufgaben anvertraut werden könnten.

Der Bericht wirft der Arbeiterschaft vor allem zu einseitige Orientierung in den Fragen der Lohn- und Preisgestaltung vor, über denen andere wichtige Gesichtspunkte übersehen werden. Es genüge nicht, den Staat allein von dem Einfluß der «équipes dirigeantes» zu befreien; es müßte auch die wirtschaftliche Verantwortung der Arbeiterschaft, die häufig nur nach Herabsetzung der Lebensmittelrationen und dem Fortschreiten der Lebenskostenhause reagiere, gesteigert werden. Nicht durch Eliminierung einer Klasse, sondern in erster Linie durch die Auslese und Heranbildung einer Arbeiterelite als Ergänzung und Verstärkung der bürgerlichen Elitekaders, sei das Problem der Führung im Staat und in der Wirtschaft zu lösen.

Wenn auch, nach Meinung der Experten, die wirtschaftliche Erzielung der Arbeiterschichten noch sehr wenig fortgeschritten ist, so sehen sie doch im Rahmen der sozialpolitischen Zielsetzungen eine sukzessive Mitwirkung der Arbeitnehmer an der Wirtschaftsführung. So befürwortet das Studienkomitee zum Beispiel die Abschaffung der Charte du Travail des Regimes von Vichy, die Wiederherstellung der Gewerkschaften, der Kollektivverträge für Löhne,

die Vertretung der Arbeiter in den Verwaltungsräten von Industriegesellschaften (die letztere allerdings nur unter Formulierung zahlreicher Vorbehalte), und die Schaffung von Betriebskomitees mit paritätischer Vertretung des technischen Personals, der Arbeiter sowie der Betriebsdirektionen.

Als Korrektur der Wirtschaftsstruktur tritt der Expertenbericht des C. N. E., ähnlich dem Aktionsprogramm der «*Résistance*», für den *Abbau der Privatmonopole* ein. Sollte es ferner unter dem Druck der öffentlichen Meinung zu einer Verstaatlichung der Schlüsselindustrien kommen, so dürfte sich nach der Ansicht des C. N. E. der Staat mit dem theoretisch auch früher zugestandenen Kontrollrecht kaum mehr begnügen und vielmehr die Verwaltung dieser Industriezweige in eigene Hände nehmen.

Die in Frankreich immer wieder auftretenden Forderungen nach Einführung einer streng dirigierten Wirtschaft werden vom C. N. E. als allein im Interesse der in den Organisationskomitees vereinigten Großindustrie sowie eines großen Teils der Beamtenbürokratie und der Gewerkschaften liegend bezeichnet, während der überwiegende Teil der mittleren und kleineren Produzenten in gleicher Weise wie Handwerk und Landwirtschaft eine schnelle und wirksame Rückkehr zur Wirtschaftsfreiheit befürworte.

Die bisherigen Organisationskomitees seien daher aufzulösen und durch eine Vertretung der solidarisch zusammengezogenen Berufsinteressen im Rahmen von besonderen *Conseils Industriels* (bestehend aus Delegierten der Unternehmer, Arbeitnehmer und eventuell auch des technischen Personals) zu ersetzen. Die *Conseils Industriels* sind mit beratenden Funktionen auszustatten und sollen grundsätzlich den amtlichen Stellen, vor allem dem Produktionsministerium, den Kontakt mit der Wirtschaft erleichtern.

Desgleichen sei die bisherige Bauernkorporation, die sich als Staat im Staate gebärdet habe, abzuschaffen und durch einen *Conseil Central de l'Agriculture*, nach dem Vorbild der *Conseils Industriels*, zu ersetzen. Schließlich soll auch der alte *Conseil National Economique* — die zentrale wirtschaftliche Beratungskörperschaft — wiederhergestellt werden.

Die Verfasser des Gutachtens treten für eine entschiedene Ablösung der staatlichen Wirtschaftslenkung durch ein Wirtschaftssystem ein, das die energische Führung des Landes bei Wahrung der politischen und wirtschaftlichen Freiheiten möglich machen soll. Dieses neue System müßte sich jedoch unter Berücksichtigung der traditionellen und natürlichen Bedingungen ohne revolutionären Umbruch kontinuierlich entwickeln. Die Kontinuität im Wirtschaftsprozeß werde für die durch den Krieg ruinierten Völker eine imperative Bedeutung gewinnen.

Wiederholt betont das Expertenkomitee, es müsse in bezug auf die Erfordernisse des Wiederaufbaus zwischen vorübergehenden Maßnahmen und den zum System gehörigen Elementen der Wirtschaftsführung streng unterschieden werden. Grundsätzlich dürfe die provisorische Regierung die Frage nach der Art der künftigen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung erst nach der Durchführung der Rekonstruktionsaufgaben, die allein die Schaffung normaler Existenzbedingungen für Volk und Staat sichern könne, entscheiden.

Alles, was für den Wiederaufbau des Landes allein dient, dürfe nur provisorischen Charakter tragen, und hierfür sei eine gewisse Wirtschaftslenkung durchaus angebracht. Die Lenkung dürfe sich jedoch nicht von den Fragen der Güterverteilung allein bestimmen lassen, denn so notwendig die allgemeine Hebung des Lebensstandards auch sei, die *Priorität* müsse der *Produktionssteigerung* gebühren.

Unerläßlich für den Fortschritt der Produktion seien die qualitative und quantitative Verbesserung des Bevölkerungsstandes, Vollbeschäftigung, Leistungsfähigkeit und Großinvestitionen. Konjunkturpolitischen Interventionsmitteln wird im Hinblick auf die Vollbeschäftigung wesentliche Bedeutung beigemessen. Die Arbeitszeit müsse wieder auf den alten Wochenstand von 48 Stunden zurückgeführt werden. Gleichzeitig soll die Produktivität der menschlichen Arbeit durch eine Verbreitung von Entlohnungsmethoden, die den Lohn in ein vernünftiges Verhältnis zur Produktivität setzen, erhöht werden.

Auf einem Gebiet wollen die Sachverständigen die Wirtschaftslenkung unter allen Umständen beibehalten, nämlich auf dem Gebiet der Preisbildung. Durch Ausstattung des Staates mit allen Vollmachten zur wirksamen *Kontrolle des Preismechanismus* sollen insbesondere die wirtschaftlichen Gleichgewichtsstörungen beseitigt werden. Im übrigen aber wollen die Experten des C. N. E. die Zwangseingriffe in das Wirtschaftsleben auf das mindestmögliche Maß reduzieren.

Die Hauptthese der Experten besteht daher in der Priorität der eigentlichen Rekonstruktionsaufgaben und in der Zurückstellung der endgültigen Strukturreformen bis zur Normalisierung der Existenzverhältnisse von Volk und Staat. Aufgabe der provisorischen Regierung müsse es sein, möglichst schnell die notwendige Synthese zwischen den wirtschaftlichen Erfordernissen und den freiheitlichen Aspirationen der Masse herzustellen. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß dieses Ziel nur auf dem Wege von Kompromißlösungen erreicht werden kann.

Letzten Endes verlangt das Studienkomitee eine Umerziehung der Menschen, die sie freiwillig dazu bringen soll, ihre eigennützigen individualistischen oder Gruppeninteressen dem Gemeinwohl zu unterstellen. Abgesehen davon, daß eine solche Erziehungsarbeit natürlich einer langen Durchführungszeit bedarf, dürfte die als notwendig erachtete «moralische Revolution» bei der ausgeprägt individualistisch eingestellten Lebensauffassung der Franzosen keine einfache Sache sein, was auch der Expertenbericht mit philosophischer Skepsis zugibt.

Die internationale Politik deutscher Sozialisten

Die «Union Deutscher Sozialistischer Organisationen in Großbritannien» hat die folgende Erklärung über die internationale Politik deutscher Sozialisten veröffentlicht:

1. Als internationale Sozialisten erstreben wir eine internationale Ordnung, in der die Ursachen der Kriege beseitigt sind.

Die entscheidenden Kräfte zur Erreichung dieses Zieles sind die internationale Arbeiterbewegung und die anderen demokratischen Kräfte, vor allem die Bauernschaft und die Intelligenz.

Wir erstreben eine geschlossene Zusammenarbeit der organisierten Arbeiter aller Länder in einer neuen Internationale, die eine gemeinsame Politik festlegen und in die Tat umsetzen soll.

2. Wir treten ein für die Föderation der europäischen Völker, da die volle staatliche Souveränität nicht länger vereinbar ist mit den bestehenden politischen und wirtschaftlichen Bedingungen in Europa.

Es liegt im Interesse der deutschen Demokraten und Sozialisten sowie der Demokraten und Sozialisten ganz Europas, daß der europäische Frieden eine feste Grundlage erhält durch die Zusammenarbeit der britischen Völkerfamilie, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika. Eine freiheitliche Entwicklung des einigen Europa kann nur erfolgen in freundschaftlicher Zusammenarbeit mit allen diesen Mächten, und nicht durch eine einseitige Anlehnung an eine von ihnen.

Föderationen, die nur einzelne Gruppen von Völkern einschließen, betrachten wir als eine Friedensgarantie nur dann, wenn sie sich einer internationalen Organisation einfügen und unterordnen.

3. Das erste Ziel einer Außenpolitik deutscher Sozialisten wird es sein, Deutschland in eine solche internationale Ordnung einzufügen.

Für den Erfolg dieser Politik ist es von großer Bedeutung, daß die Prinzipien der Atlantic-Charta auf ein demokratisches Deutschland angewandt werden.

Wir deutsche Sozialisten haben volles Verständnis für die Sicherheitswünsche der von den Nationalsozialisten und Faschisten überfallenen und unterdrückten Völker. Gleichzeitig sind wir überzeugt, daß alle technischen Maßnahmen für eine Sicherung des Friedens nur dann eine Dauerwirkung haben können, wenn sie eingebaut sind in ein wirklich internationales Sicherheits-

system. Dieses System muß neben einer starken Exekutive zur Niederhaltung von Angreifern weitreichende Vollmachten haben für die friedliche Schlichtung internationaler Konflikte. Ein solches System internationaler Sicherheit wird auch den Frieden und die Sicherheit eines demokratischen Deutschlands garantieren.

Der erste Beitrag eines demokratischen Deutschlands zu diesem System wird die sofortige militärische Abrüstung Deutschlands sein.

Wir sind überzeugt, daß die Zerstörung der militärischen Macht Deutschlands nicht genügt. Wir sind deshalb entschlossen, auch die wirtschaftlichen und politischen Machtpositionen des deutschen Militarismus zu vernichten durch eine Enteignung der deutschen Schwerindustrie und der deutschen Großgrundbesitzer und durch den demokratischen Neuaufbau des deutschen Beamtenkörpers.

Wir betrachten es als eine Ehrenpflicht des zukünftigen freien Deutschlands, mit allen Kräften mitzuhelfen bei der Wiedergutmachung der Schäden und Ungerechtigkeiten, die Hitlerdeutschland den Völkern zugefügt hat, sowie beim Wiederaufbau Europas.

Eine durchgehende und gründliche Reform des deutschen Erziehungswesens wird dazu beitragen, im deutschen Volk die moralischen und geistigen Grundlagen schaffen zu helfen für eine stetige Politik der Völkerverständigung und des Friedens.

Der Dauererfolg einer solchen Politik hängt weitgehend davon ab, daß dem deutschen Volk eine Möglichkeit gegeben wird, bei der Gestaltung seines inneren politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens seiner eigenen Initiative zu folgen.

Vor allem würde es eine schwere Belastung der inneren Entwicklung Deutschlands darstellen, wenn ihm Bedingungen auferlegt würden, die dauernde Massenarbeitslosigkeit hervorrufen und eine wirksame Politik sozialer Sicherheit verhindern würden.

4. Auch nach dem Sturz der Hitlerdiktatur wird es in Deutschland noch starke reaktionäre Kräfte geben, die unserer internationalen Politik feindlich gegenüber stehen. Wir hoffen, daß wir im Kampf gegen diese Kräfte das Vertrauen und die aktive Unterstützung der internationalen Arbeiterbewegung und der friedens- und fortschrittswilligen Kräfte aller Völker auf unserer Seite haben werden. (Veröffentlicht am 23. Oktober 1943.)

Gewerkschaften und Krieg

*Beschluß des englischen Gewerkschaftskongresses in Blackpool,
vom 16. bis 20. Oktober 1944*

Am Ende des fünften Kriegsjahres ist die schließliche Niederlage und Vernichtung des verhaßten Systems der Nazityrannei und -unterdrückung, das das Leben der Welt verdüstert hat, nunmehr gesichert. Der Kongreß stattet der bewaffneten Macht und der Handelsmarine der Vereinten Nationen, deren Tapferkeit und Opfermut unter einer entschlossenen, glänzenden Führung den Abschluß des langen Ringens in Sichtweite gerückt hat, seinen herzlichen Dank ab und spricht ihnen seine Bewunderung aus. In gleicher Weise zollt der Kongreß seinen Dank auch dem Mut und der Ausdauer der organisierten Arbeiter und der Bevölkerungen der Vereinten Nationen, durch deren zielbewußte Standhaftigkeit und nicht erschlaffende Energie ihre kämpfenden Kräfte in all den Wechselfällen des Kampfes unterstützt worden sind.

Der Kongreß spricht als seine tiefe Überzeugung aus, daß durch die Kriegsanstrengungen der Vereinten Nationen die Grundsätze der Demokratie und freien Staatsbürgerrechte, zu deren Verteidigung sie angetreten sind, glänzend gerechtfertigt wurden. Durch ihre soldatische Tapferkeit, die sich in den glorieichen Siegen an den russischen Kriegsfrenten, in Afrika, Italien, den Inseln des Mittelmeers, in Frankreich und Belgien, in Holland, auf dem Balkan, in Burma und im Fernen Osten und auf allen Weltmeeren bewährt hat, sind die

von den nazi-faschistischen Mächten ausgeplünderten und versklavten Länder nacheinander befreit worden.

Eine Zeit brutaler Aggression und grausamer Gewalt, in der die meisten Grundrechte der Staatsbürger und jede Norm menschlichen Verhaltens verletzt und verleugnet worden sind, geht ihrem Ende entgegen; die Morgenröte eines neuen Tages der Freiheit und des Glückes bricht an. Der Kongreß verbürgt sich für die Millionen organisierter Arbeiter, die er vertritt, daß sie die äußersten Anstrengungen unternehmen werden, um die kommenden Jahre des Wiederaufbaus und der Wiederherstellung ruhiger Verhältnisse der Mühen und Opfer würdig zu machen, durch die diese Befreiung bewirkt worden ist.

Der Kongreß spricht den Männern und Frauen aller besetzten Länder, die in den Tagen der Niederlage standhaft und unerschütterlich blieben, und in denen der Geist des Widerstandes mit dem Herannahen ihrer Befreiung noch stärker aufflammte, seine tiefste Verehrung aus. Die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung wird jene dauernd in Ehren halten, die in den Gefängnissen und Konzentrationslagern des Feindes leibliche und geistige Qualen erduldeten, die in der Verbannung sich den Glauben an den Endsieg bewahrten, die im unaufhörlichen Kleinkrieg und in der unterirdischen Bewegung ihr Leben hingaben, damit ihr Volk eine Wiedergeburt der Freiheit erlebe. Die Schuld, die die freien Völker gegen sie haben, kann nur durch Treue und ständige Pflege der Ideale abgezahlt werden, denen sie ihr volles Maß an Hingabe bewiesen.

Der Kongreß bestätigt seine Auffassung, daß das deutsche Volk nicht von aller Verantwortung für die während des Krieges begangenen Verbrechen freigesprochen werden kann. Für Deutschland und nicht weniger für Japan muß die militärische Niederlage und Übergabe Vergeltung und Sühne bedeuten. Kriegsverbrecher jeden Ranges und Standes müssen die volle Strafe für ihre Verbrechen erhalten. Den Völkern, die Deutschland, ohne dazu berechtigt oder gezwungen zu sein, aus überlegtem, erbarmungslosem Entschluß mit Krieg überzogen hat, muß Wiedergutmachung geleistet werden. Das gestohlene Eigentum aller Art — einschließlich der Gelder und Häuser der Gewerkschaften, die von der Nazidiktatur beschlagnahmt wurden — wird zurückerstattet werden müssen, die Länder, die für die deutschen Eroberungs- und Herrschaftszwecke ausgeplündert und ausgebeutet worden sind, haben einen gerechten Anspruch auf Reparationen, die vollständig geleistet werden müssen und nicht nur in Geld bezahlt werden dürfen. Auch darf man das deutsche Volk nicht auf dem Glauben lassen, es könnte die Bürde der Wiedergutmachung und der Erneuerung des Lebens in den verwüsteten und ausgeplünderten Ländern abschütteln, oder die Kosten der Wiederherstellung unseres eigenen Handels und unserer Industrie und des Wiederaufbaus unserer durch die deutschen Luftangriffe und umfangreichen Luftbombardemente zerstörten Städte und Dörfer würden nicht schwer auf ihm lasten. Diese Verpflichtungen werden Ansprüche gegen die deutsche Wirtschaft einschließen, denen Rechnung getragen werden muß.

Der Kongreß ruft nicht einem Straffrieden noch irgendeiner anderen Regelung, die den Haß und die Feindschaft, die die Welt zerrissen haben, verewigen würden. Der Gerechtigkeit muß Genüge geschehen, aber nicht im Geiste der Rache, sondern mit dem festen Entschluß, solche politischen und wirtschaftlichen Bedingungen und Bestimmungen zu schaffen, die einen festen Grund für den zukünftigen Völkerfrieden legen und die bestmöglichen Garantien dafür bieten, daß auf der ganzen Welt Ordnung und Recht aufrecht erhalten werden. Das kann nur geschehen durch die völlige Entwaffnung Deutschlands, durch die Kontrolle über die deutschen Industrien, die auf Kriegszwecke umgestellt werden können, und die Errichtung einer mit der erforderlichen Vollzugsgewalt zur Sicherung des Friedens ausgestatteten Organisation der friedliebenden Völker durch die alliierten Mächte.

Auf diese Ziele verpflichten sich dieser Kongreß und die ihm angeschlossenen Vereinigungen feierlich, in der hauptsächlichen Absicht, sie durch ihre ständige Anwendung auf nationalem wie internationalem Gebiet in ihrer sozialen und industriellen Politik zu verwirklichen. Zu diesem Zwecke muß die internationale Arbeiterbewegung so gefördert werden, daß sie dem arbeitenden Volk dazu verhelfen kann, sich seinen gebührenden Anteil an allen Errungenschaften

wirtschaftlichen Fortschritts und technischer Entwicklung zu sichern. Keinerlei wohlverworbenen Interessen oder bevorrechtigten Gruppen darf gestattet werden, sich über das Gemeinwohl hinwegzusetzen oder den Volkswillen zunichte zu machen.

Der Kongreß ermächtigt daher seinen Generalrat:

- a) eine Politik und ein Programm zu entwickeln, welche die britische Gewerkschaftsbewegung in die Lage versetzen, die ihr zukommende Rolle bei der Wiederherstellung der internationalen Arbeiterbewegung zu spielen;
- b) die Schaffung einer Gewerkschaftsinternationale zu fördern, die alle ehrlichen Gewerkschaftsorganisationen umfaßt;
- c) für die kommende Weltwirtschaftskonferenz alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Nachkriegsprobleme von allgemeiner Bedeutung zu untersuchen;
- d) die Grundlagen für eine gerechte Behandlung des deutschen Volkes auszuarbeiten;
- e) diese Grundsätze bei der Gestaltung der Zukunft Deutschlands unter Bedingungen anzuwenden, die mit dazu dienen, eine echte demokratische Gewerkschaftsbewegung ins Leben zu rufen und die Einrichtungen für die Freiheit der Staatsbürger zu begründen und zu festigen;
- f) und zwecks Eingliederung in den Friedensvertrag eine soziale Charta abzufassen, welche die sozialen Ideale und Ziele darlegt, denen die Internationale Arbeitskonferenz vom April/Mai 1944 in Philadelphia Ausdruck verliehen hat und denen die dort vertretenen Regierungen ihre Zustimmung gegeben haben.

Zur Erledigung dieser Vorbereitungsarbeiten durch die kommende Weltwirtschaftskonferenz ersucht der Kongreß seinen Generalrat, im geeigneten Zeitpunkt eine Sonderkonferenz der Vollzugsausschüsse der angeschlossenen Organisationen einzuberufen. Auf dieser Konferenz soll der Anspruch der Gewerkschaftsbewegung auf verantwortliche Mitwirkung bei der Abfassung der Friedensbedingungen und -bestimmungen und bei der Durchführung des Nachkriegsprogramms für den Wiederaufbau, den die Regierungen in die Hand nehmen müssen, in bestimmter, konkreter Form niedergelegt werden, damit die Kräfte unserer organisierten Bewegung wirksam zusammengefaßt werden können.

Völker gegen Regierungen

Von *William Gillies*, Sekretär der englischen Labourparty, London

Eine Tagung der britischen Arbeiterpartei erklärte es als eine feststehende Tatsache, daß die deutsche Naziregierung nicht an der Macht geblieben wäre noch einen totalen Krieg hätte führen können, wenn sie nicht die Unterstützung des überwältigenden Teiles des deutschen Volkes gehabt hätte». Durch diesen Urteilsspruch wurde das deutsche Volk als Ganzes für die Diktatur und den Krieg moralisch und politisch verantwortlich erklärt. Er wurde erst nach Jahren der Kriegsvorbereitung und nach mehr als vier Jahren wilden Angriffskrieges gefällt, nachdem die Arbeiterpartei in Übereinstimmung mit ihren internationalen sozialistischen Überlieferungen eine Anzahl Mahnungen und Warnungen an das deutsche Volk gerichtet hatte.

Die Partei wandte sich im September 1938 unmittelbar an die deutsche Nation, um ein nicht wieder gutzumachendes Unrecht an der Tschechoslowakei zu verhüten. «Mit Widerstreben sind wir zu dem Schlusse gezwungen», sagte sie damals, «daß die deutsche Regierung, zum Unterschied vom deutschen Volk, *in ganz Europa* die Herrschaft der Drohungen und der Gewalt an die Stelle der Herrschaft des Rechtes und der guten nachbarlichen Beziehungen zu setzen wünscht . . . *Wenn Herr Hitler euch in den Krieg stürzt, wird er euer großes Land auch in die Niederlage stürzen*, und die Völker aller beteiligten Länder werden schmerzlich zu leiden haben. Die britische Arbeiterbewegung mit ihrer langen Friedenstradition, mit ihrem sehnlichen Wunsch nach Freundschaft zwischen

dem deutschen Volk und den Völkern anderer Länder hat das Gefühl, daß sie eine gemeinsame Abwehr der kriegslustigen Aggression der deutschen Regierung unterstützen müsse, sollen nicht die billigen Rechte und Freiheiten von uns allen zugrunde gehen... Erhebt eure Stimmen, wie wir die unsrigen gegen die Anwendung von Zwang und Gewalt bei der Austragung internationaler Streitigkeiten erhoben haben... Weigert euch, die Verantwortung für ein Weltunglück zu übernehmen!»

Der unmittelbare Ausbruch des Krieges wurde damals durch die schmerzlichen Opfer des tschechoslowakischen Volkes abgewendet.

Die Bedrohung Polens war im Sommer des folgenden Jahres deutlich erkennbar, und so wurde am 30. Juni 1939 vom Nationalrat der britischen Arbeiterpartei eine weitere Botschaft an das deutsche Volk gerichtet. Sie trug die Überschrift: «Warum einander töten?» Großbritannien, erklärten wir, habe offen Defensivbündnisse mit Polen und Frankreich abgeschlossen. Es sei kein Geheimnis, daß das britische Volk, falls Deutschland zum Kriege schreite, seine Regierung beim Widerstand gegen die Angreifer und bei der Verteidigung seiner eigenen Sicherheit und der billigen Rechte und Freiheiten anderer unterstützen werde.

Als dann der Krieg kam, nahm die britische Arbeiterpartei ruhig und leidenschaftslos Stellung. In ihrem Kriegsmanifest wiederholte sie den traditionellen Satz: «Die britische Arbeiterpartei hat keinen Streit mit dem deutschen Volke», wie die Sozialisten der Alliierten im Jahre 1915 erklärt hatten, obwohl damals eine ähnliche Geste der deutschen Sozialdemokraten ausgeblieben war. Und das britische Volk nahm ohne Hysterie oder Aufregung in klarer Erkenntnis, was Krieg bedeutet, seine Verantwortung auf sich. Es empfand Genugtuung darüber, daß nichts ungeschehen geblieben war, um den Frieden zu erhalten.

Zwei Monate später, am 8. November 1939, legte Mr. Attlee namens der britischen Arbeiterpartei die Grundsätze dar, bei deren Annahme ihrer Meinung nach der Friede zustandekommen könnte. «Wir wünschen, daß das deutsche Volk wissen soll, daß es sich jetzt, wenn es will, einen ehrenvollen Frieden sichern kann. Wir beschwören das deutsche Volk, in dessen Händen die Entscheidung liegt, ob Millionen von Männern, Frauen und Kindern den Tod erleiden sollen. Herr Hitler hat diesen Krieg begonnen, aber er kann ihn nur fortsetzen, wenn das deutsche Volk ihn weiter unterstützt. Der Umstand, daß er der Führer des deutschen Volkes ist, entbindet dieses nicht von seiner Verantwortung sich selbst und der Welt gegenüber... Der Friede kann jetzt erlangt werden, vorausgesetzt, daß die Aggression aufgegeben wird und die Rechte aller Nationen und Menschen anerkannt werden.»

Diese Gewissensfrage für alle Internationalisten wurde abermals in der vorläufigen Friedenserklärung der Arbeiterpartei vom 9. Februar 1940 aufgeworfen, bevor die Völker einander noch mehr durch Haß und Leiden entfremdet waren, in der Hoffnung, daß es zur Abkürzung des Krieges beitragen möchte, wenn zur Kenntnis des deutschen Volkes gebracht würde, daß es einen ehrenvollen Frieden unter anständigen Bedingungen haben könnte.

Im Hinblick auf diese und ähnliche Erklärungen verantwortlicher Führer der Arbeiterpartei gab Lord Snell — nach neun Monaten Krieg — seinem Glauben Ausdruck, daß Millionen von Deutschen nichts sehnlicher wünschten als die Möglichkeit, mit anderen Völkern in Frieden und Freundschaft zu leben. Er glaubte, daß diese Erklärungen starken Eindruck auf die Deutschen machen müßten. «Eure Verantwortung vor den Schranken der Geschichte», schrieb er, «ist sehr groß, weil letzten Endes jedes Volk für die Regierung, die in seinem Namen handelt, verantwortlich ist... Unter diesen Umständen muß sich das deutsche Volk entscheiden, ob es den Wunsch hat, mit anderen Völkern in Frieden und Freundschaft zu leben oder weiterhin einen verruchten Angriffskrieg zu führen¹.»

*

Zwei Monate nach dieser Friedenserklärung begann der Prozeß der Be-

¹ Kriegs- und Friedensziele der Arbeiterpartei. Vorrede.

herrschaft und Vernichtung sein blutiges Gesicht zu zeigen. Das millionenstarke deutsche Heer brach jeden militärischen Widerstand, fiel in Norwegen ein, schlug mit einer einzigen Ausnahme alle seine Nachbarländer nieder, eroberte Jugoslawien und unterjochte das kleine Griechenland, als der Versuch seines italienischen Verbündeten hierzu gescheitert war. Dann schritt das deutsche Heer über den Leib des niedergeworfenen Polens dahin und warf mit Unterstützung seiner Satelliten zum zweitenmal in der neuesten Geschichte seine gierigen Blicke auf die weiten Gebiete des europäischen Rußlands, griff es ohne vorherige Warnung an und erreichte die Tore von Leningrad, Moskau und Stalingrad. Sein dritter Spießgeselle, Japan, unternahm ohne Kriegserklärung einen gleich verräterischen Angriff auf die USA. Darauf beeilten sich Deutschland und Italien, der großen friedlichen amerikanischen Republik den Krieg zu erklären.

Die Kriegsziele der verbrecherischen Achsenpartner waren nicht bescheiden, sie wurden ihren eigenen Völkern und der Welt verkündet. Sie bestanden nicht in der Abstellung größerer oder kleinerer erkennbarer Beschwerden. Sie waren nichts weniger als die sofortige oder künftige und dauernde Eroberung und Beherrschung der vier Kontinente Europa, Afrika, Asien und Australien mit den umliegenden Inseln, einschließlich unseres britischen Heimatlandes. Es sollte ein Vorspiel zur völligen Beherrschung der ganzen Welt sein.

Das deutsche Heer, gleich den britischen und amerikanischen Heeren aus allen Bevölkerungsklassen zusammengesetzt, ist ein gefügiges brauchbares Werkzeug für den Ehrgeiz seiner Beherrscher gewesen. Es hat mit Manneszucht, Kameradschaftlichkeit und Heldenmut gekämpft. Seine Freunde und Verwandten an der Heimatfront haben mit der gleichen Gründlichkeit ihre Arbeit verrichtet. Sie haben bestimmt nichts getan, um den Eindruck zu verwischen, daß die Eroberung der Gehirne und Gewissen des deutschen Volkes durch den Nationalsozialismus während des Krieges Hitlers um die Weltherrschaft noch gefördert worden sei.

Am 22. Juli 1942 sah sich das Nationale Exekutivkomitee der Arbeiterpartei in Verbindung mit dem Generalrat des Gewerkschaftskongresses zu der Erklärung gezwungen, daß die in ihrer nackten, wilden Grausamkeit ohne Beispiel dastehenden organisierten viehischen deutschen Greuelthaten in Polen und in der Tschechoslowakei «die Täter mit Schmach bedecken und dem Volk, das sie geduldet hat, zur Schande gereichen». Und am 15. Dezember des gleichen Jahres erklärte der Nationale Vollzugsausschuß der Arbeiterpartei, daß die methodische und organische Hinmetzelung von Juden ein einzig dastehender unbegreiflicher Akt der Barbarei sei, der immer an dem Namen des neuen Deutschlands haften werde.

Am 1. Mai 1944 erinnerte die Maibotschaft des Nationalrates der britischen Arbeiterpartei: «An jedem 1. Mai seit Kriegsbeginn haben wir (die deutschen Arbeiter) aufgerufen, sich ihrer großen gewerkschaftlichen und sozialistischen Traditionen zu erinnern und selbst für ihre Freiheit zu kämpfen, sowohl um ihretwillen wie um ihrer Arbeitskameraden willen. *Unser Ruf ist ohne Antwort geblieben* . . . Bevor es zu spät ist, fordern wir die Arbeiter, die unter dem Druck ihrer nationalsozialistischen Zwingherren stehen, auf, sich zu erheben und um jeden Preis durch Taten zu beweisen, daß die Flamme der Freiheit in ihren Herzen nicht gänzlich erloschen ist. Nur dadurch können sie hoffen, sich die Achtung und Nachsicht ihrer früheren Kameraden überall in der Welt wieder zu erringen, und nur dadurch können sie das Urteil der Geschichte widerlegen, daß sie ein Volk von Untertanen und die gefügigen Werkzeuge machtgeriger und machtlüsterner deutscher Mächte in ihrem Streben nach der Weltherrschaft seien.»

*

Die Lehre, daß in unseren Tagen die Völker für ihre Regierungen nicht verantwortlich seien, hat gefährliche Auswirkungen. Die Behauptung insbesondere, daß die hochgebildeten Deutschen für die Handlungen ihrer Regierung nicht verantwortlich seien, und diesen Grundsatz dem System internationaler Politik einzuverleiben, ist sehr gefährlich.

Sie läßt die Deutschen ein, ihre Pflichten und Verbindlichkeiten als Staatsbürger zu verleugnen, und befreit sie von ihrer Verantwortung gegeneinander und gegenüber der Welt, sie bedeutet, daß die Deutschen am Kriege nicht schuld sind, und überhebt sie der Notwendigkeit jener Gewissensforschung, die eine soziale und politische Revolution in Deutschland hervorrufen müßte.

Sie ist ein Grundsatz, der von den Deutschen dahin ausgelegt werden kann, daß sie durch einen bloßen Regierungswechsel über Nacht den Folgen der Niederlage entgehen oder diese sogar vermeiden könnten, wenn sie die Hoffnung auf Sieg verloren haben; und daß ein solcher Regierungswechsel eine genügende Sühne für die Hinmetzelung von Millionen bewaffneter wie wehrloser Menschen und eine genügende Entlastung der deutschen Verantwortung für Krieg, Verwüstung, Raub und Mordtaten sein würde.

Im Frieden ist die Kollektivverantwortlichkeit eines Volkes für die Handlungen ihrer Regierung, ja sogar der früheren Regierungen, von Recht, Moral und Politik in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Diesen Grundsatz zugunsten eines überführten üblen Angreifers aufzugeben bedeutet, die Aggression zu belohnen und den Krieg als gesetzliches Mittel internationaler Politik erscheinen zu lassen.

Die Lehre ist eine Einladung zu einem dritten deutschen Weltkrieg.

*

Ist es bedenklich, hinsichtlich der Verantwortlichkeit des deutschen Volkes für die Handlungen seiner Regierung zu verallgemeinern, weil Deutschland von einer Diktatur beherrscht wird? Dieser Zweifel war wahrscheinlich der Beweggrund für die wiederholten Aufrufe der britischen Arbeiterpartei. Fünf Jahre Kriegserfahrung haben gezeigt, daß die Diktatur der nationalsozialistischen Partei eine populäre Diktatur mit einer Massenbasis ist. Sie wurde im Jahre 1933 auf verfassungsmäßigem Wege eingeführt. Adolf Hitler, der kein Unbekannter war, hatte eine große Volksbewegung hinter sich. Hatte das deutsche Volk etwa im Jahre 1940, als Frankreich zusammenbrach, den Wunsch, seine Beherrscher zu wechseln? Die Entscheidung über Krieg und Frieden hat in Deutschland immer in den Händen ihres obersten Kriegsherrn gelegen. Dessenungeachtet machten im Jahre 1914 die deutschen und österreichischen Sozialdemokraten kein Hehl daraus, daß das deutsche Volk mit Begeisterung in den Krieg gezogen war. Die Wahnvorstellung, daß das deutsche Volk sich mit uns nicht im Kriege befinde, stammt aus der französischen revolutionären Tradition, daß «die Völker nicht schuldig sind». Die Deutschen haben sich nie solcher Wahnvorstellungen schuldig gemacht.

Während des letzten Krieges wurde Deutschland in Wirklichkeit von einer Militärdiktatur beherrscht. Thomas Mann drückte damals das allgemeine Empfinden aus, als er im Jahre 1915 schrieb: «Deutschland hat sich unter einer Militärdiktatur Luft gemacht.» Otto Braun, der frühere sozialdemokratische Ministerpräsident von Preußen, muß leider ernst genommen werden, wenn er in der Verbannung (1940) schreibt, daß das deutsche Volk «ein großes, kulturell fortgeschrittenes und im Grund kriegslustiges Volk» ist.

Der Einwand, daß die Verantwortung für den Krieg nicht zum geringen Teil dem ganzen kapitalistischen System zufalle, entkleidet das Wort «Verantwortung» jeder faßbaren Bedeutung. Der Gedanke ist natürlich deutschen Ursprungs. Er wurde von deutschen «Marxisten» immer dazu benutzt, die besondere deutsche Verantwortlichkeit für Kriege im 20. Jahrhundert zu bemänteln. Da liegt noch mehr Weisheit in dem Ausspruch des Vatikans, «daß der Krieg die Folge von Sünde» oder richtiger der Habgier, das ist des Imperialismus und Militarismus, sei.

Wie die Ereignisse gezeigt haben, besitzt der amerikanische Kapitalismus ein größeres Kriegspotential als der deutsche Kapitalismus. Aber der Krieg ist nie und nimmer ein Mittel der nationalen Politik der USA gewesen. Friedrich der Große, der für drei Angriffskriege und die erste Teilung Polens verantwortlich ist, war Zeitgenosse von Samuel Adams und Thomas Jefferson. Die Festigung des preußischen Militarismus und die Gründung der amerikanischen Demokratie fallen ungefähr in die gleiche Zeit. Der Krieg ist ständig ein

Mittel preußischer und preußisch-deutscher Politik gewesen. Im 19. Jahrhundert wurde der deutsche Industriekapitalismus ein wesentlicher Bestandteil des (militaristischen) preußischen Staates. Er ist eine Art zentralisierter Staatskapitalismus, der während der Friedenszwischenzeit und im Krieg in enger Verbindung mit dem deutschen Großen Generalstab arbeitet.

*

Die Verantwortlichkeit Deutschlands und der Deutschen für den Weltkrieg Nr. 2 ist, abgesehen von den Deutschen und mit wenigen Ausnahmen leider auch von den antinationalsozialistischen Deutschen im Ausland, für jedermann selbstverständlich. Eine gewisse deutsche Propaganda antinationalsozialistischer Flüchtlinge arbeitet hinter einer Tarnung einer großen *Untergrundorganisation* oder *-bewegung*, von deren Existenz der internationale Sozialismus zum erstenmal nach der Schlacht um England erfuhr. In den kritischen Tagen 1940 riet diese Propaganda in Großbritannien dem britischen Volk, die militärische Niederlage Deutschlands sei unmöglich, das deutsche Heer könne nicht geschlagen werden, Großbritannien solle Deutschland eine ehrenvolle Gleichberechtigung anbieten — wenn die Deutschen Adolf Hitler fallen ließen. Sie wären natürlich keine Deutschen gewesen, wenn sie es getan hätten. Im gegenteiligen Falle würde das Angebot den Deutschen später bei einer Niederlage nützlich gewesen sein. Niemand hörte darauf. Die Briten hatten einen Krieg, der in *ihren* Händen war.

Im Sommer 1943 — beileibe nicht vor 1943 — sagte man uns, wenn der Kriegsausbruch um sechs Monate aufgeschoben worden wäre, dann würde die Opposition *vielleicht* stark genug gewesen sein, den Kriegsausbruch zu verhindern. Das ist *vielleicht* die dickste Kriegslüge.

Das ist zweckbewußte Propaganda. Es ist kein geheimer Zweck. Er ist offen und keck. Er legt den Rechtsfall zugunsten Deutschlands klar. Diese deutsche Linke glaubt, feine Unterschiede zwischen dem Angreifer und seinen Opfern nicht machen zu müssen. Aber sie selbst macht feine Unterschiede zwischen Deutschland und den Deutschen und zwischen den Deutschen und der nationalsozialistischen Partei mit ihren 6½ Millionen Mitgliedern. Sie versichert, daß die Deutschen im Jahre 1914 «nicht schuldig» waren und verkündet einen Wahrspruch auf «Nichtschuldig» im Jahre 1939.

Wenn die deutsche Regierung im Jahre 1939 schuld war, so «ist die Schuld allgemein», sagen diese Schriftsteller. Die Deutschen zu tadeln, sei der Ausfluß eines schlechten Gewissens. Ferner, wenn die Deutschen schuld daran seien, daß sie grundlos den Krieg begonnen und die viehischsten Scheußlichkeiten gegen Hilflose und Wehrlose begangen hätten, so hätten andere Völker früher, wenn nicht erst in der jüngsten Vergangenheit das gleiche getan, ein Argument «neutraler» Propaganda zugunsten Deutschlands im letzten Krieg, das von einem britischen Schriftsteller als «verruchte» Verteidigungsrede «für den Schuldigen» bezeichnet wurde. Wer immer auch zu tadeln sei, die Deutschen seien es nicht. Aber es sei überhaupt niemand im besonderen zu tadeln, am wenigsten die Deutschen.

Alles werde *nach* der deutschen Revolution in Ordnung sein — wenn es eine solche Revolution gibt, was ganz und gar unwahrscheinlich ist. Es hat viele preußische und preußisch-deutsche Kriege gegeben. Aber es hat nie eine erfolgreiche deutsche Revolution gegeben. Die letzte war nach zwei Monaten zu Ende. Uns aber wurde erklärt, es gebe keine Garantie für einen dauernden Frieden, außer durch eine deutsche Revolution.

Und es könne ohne die Hilfe fremder Heere keine deutsche Revolution geben. Viele Völker Europas glaubten, die Verbrechen Hitlers und seiner Spießgesellen schrien zum Himmel um Rache. Das sei ganz richtig. Aber nach diesen Schriftstellern betrifft das nicht das deutsche Volk. Dieses *werde* Revolution machen, es *werde* eine revolutionäre Regierung unterstützen, mit fremder Hilfe allerdings, aber nur unter gewissen Bedingungen. Sie werde nicht der Französischen Revolution gleichen. Es werde eine deutsche Revolution sein — eine Revolution unter Bedingungen — eine geplante Revolution.

Was sind dann die Bedingungen?

Die deutschen Millionenheere müßten geschlagen und entwaффnet werden.

Deutschland soll vorübergehend militärisch besetzt werden, aber nicht für lange Zeit und nicht durch Truppen der gemarterten und gefolterten Völker. Das würde kein Akt der Versöhnung und des Wiederaufbaus sein. Das würde von den Deutschen als *Schmach*, als ein Akt der Rache angesehen werden.

Wenn die Nazigangster durch unsere Truppen verhaftet würden, so würde das nach einem dieser Schriftsteller als Willkürakt fremder Unterdrückung angesehen werden. Das sei vielmehr die Aufgabe der revolutionären Volksbewegung — wenn es eine Revolution geben werde.

Noch dürfe es eine Einmischung in die Herstellung von Kriegsmaterial geben — das würde der Revolution schaden. Es habe auch der «Revolution» nach dem letzten Kriege geschadet.

Die *Millionen von Nazi* dagegen müßten nach einem anderen Schriftsteller bekämpft, von den britischen und amerikanischen Truppen geschlagen und entwaffnet werden. Das würde für die Revolution von Vorteil sein bei einer Aufgabe, deren Erfüllung sogar nach einer Niederlage weder von den deutschen Massen noch von der deutschen Armee erwartet werden könne. Und wenn es zu Akten der Wiedererstattung und Vergeltung kommen müßte, so sollten sie möglichst rasch als Schlußakt des Krieges geschehen. Sie dürften sich nicht in die Länge ziehen.

Was die deutschen Massen wünschten, sei Friede, Nahrung, Arbeit, Freiheit von der Furcht vor den Folgen der Niederlage. Sie hätten auch Sehnsucht nach Freiheit. Aber, so wurde uns gesagt, nur eine revolutionäre deutsche Regierung mit Unterstützung der Massen könne es sich *leisten*, ihnen Freiheit zu geben. Und es werde in hohem Maße von den Alliierten abhängen, ob eine solche Regierung an die Macht kommen könne oder nicht.

Da liegt der Hund begraben! Das alles hängt von den Alliierten ab! Im Grunde sind unsere Antinazipropagandisten sozusagen auf jeden Fall oder doch um der Beweisführung willen zufriedengestellt. Nach fünf mühseligen Jahren «Blut, Plackerei, Tränen und Schweiß» haben die Alliierten das deutsche Heer zersprengt, vernichtet und entwaffnet; die Nazigangster sind hochgenommen worden; die militärischen Formationen der Nationalsozialisten sind geschlagen und entwaffnet worden; die Nazi sind ohne Waffen. Werden dann die Voraussetzungen für eine erfolgreiche deutsche Revolution der deutschen Arbeiter geschaffen sein, die jede Spur des Nazisystems austilgen und der Welt Frieden und Freiheit bringen wird?

Ganz und gar nicht, wenn es nach unseren deutschen Gästen geht. Die Alliierten müssen zuerst ihre endgültigen Friedensziele verkünden. Was würden dann die Friedensziele sein, die den deutschen Arbeitern annehmbar wären? Unsere antinationalsozialistischen Deutschen sagen nicht alles heraus. Aber man kann sich darauf verlassen, daß der eine oder andere immer die Lücken in der Beweisführung des andern ausfüllt.

Erstens soll Deutschland nicht zerstückelt oder nicht einmal verkleinert werden.

Zweitens, die Alliierten sollen zu der Demütigung der Niederlage und der fremden Besetzung nicht die weitere Demütigung der einseitigen Abrüstung hinzufügen. Eine einseitige Entwaffnung würde den deutschen Nationalstolz und die nationale Eitelkeit verletzen. Sie würde den Keim zu einem neuen nationalen Irredentismus legen. Sie würde die Wurzeln eines neuen Konflikts an sich haben. Wenn aber Deutschland nicht wirklich und nicht einseitig entwaffnet würde und entwaffnet bliebe, würde Europa dann einer langen Friedensperiode sicher sein? Darüber sprechen sich diese sehr gefühlvollen antinationalsozialistischen Deutschen nicht aus.

Drittens, in jedem Falle solle Deutschland Mitglied einer Gemeinschaft von Gleichberechtigten, die ihre besonderen Souveränitätsrechte aufgegeben hätten, in einer europäischen Föderation werden, von der die Sowjetunion und Großbritannien ausgeschlossen wären. Mit anderen Worten, die besetzten Gebiete müßten *zum Nutzen Deutschlands* in die deutsche Wirtschaft eingegliedert werden. Weder Preußen noch Deutschland hat je einem Nachbarn einen guten Dienst erwiesen. Und im gegenwärtigen Augenblick haben die deutschen Heere alle Nachbarländer, mit Ausnahme der Schweiz, besetzt. Aber wenn die Nach-

barn Deutschlands in Zukunft Frieden haben wollen, so wird von ihnen erwartet, daß sie sich mit Deutschland auf dem Fuße der «Gleichberechtigung» verbünden, sonst werden sie von den Deutschen schuldig erklärt, sie hätten die Wiederauferstehung deutscher Größe verhindern wollen. Ein nichtsozialistischer Deutscher schrieb vor langer Zeit: «Das deutsche Volk kann sich nicht mit Europa aussöhnen, bevor es sich nicht mit der Wahrheit ausgesöhnt hat.»

Viertens, die Befriedung Europas erfordere die psychologische und materielle Befriedung Deutschlands durch einen Verhandlungsfrieden. Alles andere würde eine Beleidigung für das deutsche Gerechtigkeitsempfinden sein und die Gefahr eines neuen Krieges — des deutschen Weltkrieges Nr. 3 — heraufbeschwören.

Der antinationalsozialistische deutsche Propagandist ist also selbst Zeuge für den angriffslustigen Nationalismus der Deutschen, er verspricht keine Revolution und keinen zukünftigen Frieden, wenn nicht Deutschland auch nach seiner Niederlage als gleichberechtigtes Land die Friedensverhandlungen führt und die Friedensbedingungen für die Deutschen annehmbar sind. Gleichviel, ob Sieg oder Niederlage, es muß einen deutschen Frieden geben, der die Vorherrschaft über Europa mit einschließt. Andernfalls wird die deutsche Politik und Praxis in Nichtzusammenarbeit und Widerspenstigkeit bestehen.

Dafür gibt es kein Heilmittel als langfristige vorbeugende Maßnahmen. Wenn die Deutschen keinen Krieg mit Aussicht auf Erfolg mehr führen können, mögen sie lernen, die Künste des Friedens zu verstehen und hochzuschätzen.

An die Parteien, Widerstandsbewegungen und -gruppen

Einige militante Widerstandsbewegungen Deutschlands, Frankreichs, Hollands, Italiens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens haben Gelegenheit gehabt, sich zu treffen und die Probleme des Wiederaufbaus Europas in ihrer Gänze zu erörtern. Wir haben festgestellt, daß völlige Übereinstimmung unter uns bestand: Die Erhaltung der Freiheit und Kultur wird auf dem europäischen Kontinent nur gesichert sein, wenn ein föderalistischer Bund die gegenwärtige Anarchie der dreißig souveränen Staaten ersetzt. Die Solidarität, die heute alle Völker und Bewegungen eint, die gegen die Naziunterdrückung kämpfen, darf nicht aufhören, wenn diese besiegt sein wird, sie muß im Gegenteil in Zukunft stärker werden und ihre Krönung in der Herstellung fester föderalistischer Bande zwischen den europäischen Völkern finden.

Angesichts der Bedingungen des Kampfes selbst, den die verschiedenen Widerstandsbewegungen führen, und die ihnen nicht erlauben, eine wirklich allgemeine öffentliche Zusammenkunft abzuhalten, auf welcher dieser Wille bestätigt würde, haben die genannten Kampfgruppen es für angebracht gehalten, gemeinsam eine Erklärung abzufassen, die in alle Länder, wohin es möglich ist, gesandt werden soll, damit ihr alle Parteien, Widerstandsbewegungen und -gruppen zustimmen, die sich der Notwendigkeit bewußt sind, die europäischen Völker in enge Verbindung miteinander zu bringen. Auf diese Weise wird diese Erklärung, die das Werk einzelner Persönlichkeiten ist, eine deutliche Stellungnahme der großen Bewegungen werden und feierlich ihren Willen bekunden, das grundlegende Problem der friedlichen Existenz der freien zivilisierten Völker zu lösen.

Zu dem Zweck, die notwendigen Verbindungen aufrecht zu halten, die Untersuchungs- und Propagandaarbeiten zu machen, die abgesandten Beitritts-erklärungen zu sammeln und eine föderalistische europäische Vereinigung für den Augenblick vorzubereiten, in dem sie nach der Einstellung der Feindseligkeiten möglich sein wird, haben diese militanten Gruppen unter Vorwegnahme der Bestimmungen des Punktes VI ihrer Erklärung einen vorläufigen Ausschuß geschaffen.

Wir schicken euch diesen Text, damit ihr sobald wie möglich euren Beitritt erklärt. Bei der Prüfung dieses Schriftstücks wollet ihr eure Aufmerksamkeit auf die in ihm enthaltene, im Kernpunkt stehende Bestätigung lenken, auf die Notwendigkeit nämlich, Europa auf föderalistischer Grundlage wieder aufzubauen. Wir ersuchen euch, Stellung zu nehmen, in zustimmendem oder ab-

lehnendem Sinn, vorausgesetzt, daß ihr diese Bedingung annehmt. Es wird zweifellos zweckmäßig sein, daß der endgültige Text einer solchen Erklärung erst festgelegt wird, nachdem alle Richtungen ihre Verbesserungs- und Abänderungsvorschläge genau angegeben haben. Indes ersuchen wir euch, auf dieser Forderung nicht zu bestehen oder doch eure Bemerkungen unter dem Vorbehalt zu machen, daß ihr den Plan auch annehmt, wenn die anderen Unterzeichner eure Verbesserungsvorschläge nicht billigen sollten. Die Einzelerörterungen können auf die allgemeine Zusammenkunft vertagt werden, die auf die Einstellung der Feindseligkeiten folgen wird.

Dieses außergewöhnliche Vorgehen ist uns durch die Art unserer Arbeit aufgezwungen. Es ist erforderlich, daß eine föderalistische Erklärung der Widerstandsbewegungen *so rasch wie möglich* zustande kommt und durch Presse und Radio in allen besetzten und alliierten Ländern verbreitet wird. Wenn wir weiterhin nur geheime Botschaften austauschen, um Übereinstimmung unter uns zu erzielen, werden Monate und Monate vergehen, bis wir einen endgültigen Text festlegen können, und wir werden die Gelegenheit verlieren, klar und entschieden zu sagen, was wir zu sagen haben. Zieht ferner in Betracht, daß dieser Text bereits das Ergebnis einer langen, gründlichen Ausarbeitung durch Vertreter verschiedener Länder ist, und daß er aus diesem Grunde verschiedenen Gesichtspunkten Rechnung tragen mußte.

Wir bitten euch, für diese Erklärung möglichst viel Zustimmungserklärungen zu sammeln. Wenn dies aber nicht möglich ist, so schickt uns die Beitrittserklärungen der isolierten Parteien, Bewegungen oder Gruppen, denn es ist vorzuziehen, unsere Aktion mit Teilkraften zu beginnen und einen ersten europäischen Kern zu bilden, als auf einmütigen Beitritt zu warten, der allzu schwer zu erlangen ist.

Was den letzten Punkt unserer Erklärung anbelangt, der die Errichtung eines ständigen Ausschusses vorsieht, so bitten wir um eure Zustimmung, daß er sofort geschaffen wird. Er wird die Aufgabe haben, den beiden angeschlossenen Erklärungen Folge zu leisten und die Fragen zu studieren, die ihm durch die Widerstandsbewegungen unterbreitet werden können. In keinem Fall wird der Ausschuß bindende Maßnahmen treffen können, ohne dazu durch die in ihm vertretenen Parteien, Bewegungen oder Gruppen ausdrücklich ermächtigt zu sein.

In Erwartung eurer Antwort senden wir euch unsere besten Grüße!

Der Vorläufige Ausschuß.

Erklärung der nationalen Widerstandsrate

von

Widerstandsbewegungen von

vertreten durch ihre Delegierten, die am in einer europäischen Stadt zusammengetreten sind.

I

Der Widerstand gegen die Naziunterdrückung, der die Völker Europas im gleichen Kampfe vereint, hat unter ihnen eine Solidarität und eine Gemeinsamkeit in Ziel und Interessen geschaffen, die ihre ganze Bedeutung und ihr volles Gewicht durch die Tatsache erhalten, daß die Vertreter der europäischen Widerstandsbewegungen zusammengetreten sind, um die vorliegende Erklärung abzufassen, in der sie ihre Hoffnungen und ihren Willen bezüglich des Schicksals der Kultur und des Friedens ausdrücken wollen.

Die freien Männer, die heute den Widerstandsbewegungen angehören, sind sich bewußt, daß der Kampf, der an der Front des inneren Widerstandes trotz allem Terror unermüdlich gegen die feindliche Kriegsmaschine geführt wird, ein wichtiger Beitrag zum Kampfe der alliierten Nationen ist und für ihre Länder das Recht gewährleistet, an der Gestaltung des Friedens und an dem

Wiederaufbau Europas mit gleichen Rechten und Pflichten wie die anderen siegreichen Mächte teilzunehmen.

Sie schließen sich den grundlegenden Erklärungen der Atlantik-Charta an und bekräftigen die Auffassung, daß das Leben ihrer Völker auf die Achtung vor der Person, auf Sicherheit und soziale Gerechtigkeit gegründet sein muß; auf die ausschließliche Nutzbarmachung der wirtschaftlichen Hilfsquellen zugunsten der Allgemeinheit und auf die autonome Entfaltung des nationalen Lebens.

II

Diese Ziele können nur erreicht werden, wenn die verschiedenen Länder der Welt gewillt sind, das Dogma von der absoluten Souveränität der Staaten aufzugeben und sich in eine einzige föderalistische Organisation eingliedern.

Die fehlende Gleichmäßigkeit und der fehlende Zusammenhang, die zwischen den verschiedenen Teilen der Welt noch bestehen, verunmöglichen es, unverzüglich zur Schaffung einer Organisation zu gelangen, die alle Staatsbürgerschaften unter einer einzigen föderalistischen Regierung zusammenfaßt. Am Ende dieses Krieges wird man sich darauf beschränken müssen, eine weniger anspruchsvolle Weltorganisation zu schaffen, die jedoch fähig ist, sich im Sinne der föderalistischen Einheit zu entwickeln. In dieser werden die großen Staatsbürgerschaften, die darin eine Art Gerichtshof bilden werden, die Aufgabe haben, die kollektive Sicherheit zu gewährleisten. Aber sie wird ein wirksames Friedensinstrument nur unter der Bedingung sein können, daß diese großen Staatsbürgerschaften auf eine Art organisiert sind, daß der Geist des Friedens und gegenseitigen Verständnisses überwiegen kann.

Das ist der Grund dafür, daß in dem Gefüge dieser universellen Organisation das europäische Problem der Gegenstand einer unmittelbaren und radikaleren Lösung sein muß.

III

Der europäische Friede ist der Schlüssel zum Weltfrieden. In der Tat ist Europa im Verlauf einer einzigen Generation der Mittel- und Ausgangspunkt von zwei Weltkonflikten gewesen, deren Ursache insbesondere auf den Bestand von dreißig souveränen Staaten auf diesem Kontinent zurückgeht. Es ist von Wichtigkeit, vor allem dieser Anarchie durch die Schaffung eines föderalistischen Bundes der europäischen Völker abzuhelpfen.

Einzig und allein ein föderalistischer Bund wird den Schutz der demokratischen Einrichtungen ermöglichen, um zu verhindern, daß die Länder mit ungenügender politischer Reife die allgemeine Ordnung gefährden können.

Einzig und allein ein föderalistischer Bund wird den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Kontinents und die Beseitigung der Monopole und nationalen Autarkien möglich machen.

Einzig und allein ein föderalistischer Bund wird die logische und natürliche Lösung der Probleme des Zugangs zum Meer für die im Innern des Kontinents gelegenen Länder, der rationellen Nutzbarmachung der Flüsse, die mehrere Staaten durchfließen, der Kontrolle der Meerengen und eine dem allgemeinen Nutzen dienende Lösung der meisten Probleme ermöglichen, die im Verlauf der letzten Jahre die internationalen Beziehungen gestört haben.

IV

Es ist nicht möglich, gleich von Anfang an die geographischen Grenzen des föderalistischen Bundes zu bestimmen, der den Frieden Europas sichern kann. Immerhin muß man wohl festhalten, daß er gleich von Anfang an wird genügend stark und umfassend sein müssen, um nicht Gefahr zu laufen, nur Einflußzone eines fremden Staates oder Werkzeug der auf Vorherrschaft gerichteten Politik eines der Mitgliedstaaten zu werden. Überdies wird er von Anfang an den Ländern offenstehen müssen, die ganz oder zum Teil zu Europa gehören, und die Mitglieder sein können und wollen.

Der föderalistische Bund wird auf eine Erklärung der bürgerlichen, politischen und wirtschaftlichen Rechte gegründet sein müssen, welche die freie

Entwicklung der menschlichen Persönlichkeit und die normale Funktion der demokratischen Einrichtungen gewährleistet werden, ferner auf eine Erklärung des Rechtes der Minderheiten auf eine autonome Existenz, die sich mit der Integrität der Nationalstaaten verträgt, denen sie angehören.

Der föderalistische Bund darf keinen Eingriff in das Recht jedes Mitgliedsstaates vornehmen, seine besonderen Probleme gemäß seinen völkischen und kulturellen Eigenheiten zu lösen. Aber im Hinblick auf die Erfahrungen und Fehlschläge des Völkerbundes müssen die Staaten zugunsten des Bundes unwiderruflich ihre Souveränitätsrechte bezüglich der Landesverteidigung, der auswärtigen Beziehungen mit den nicht dem Bund angehörenden Mächten, des Welthandels und der internationalen Verkehrswege aufgeben.

Der föderalistische Bund wird folgende wesentliche Einrichtungen besitzen müssen:

1. Eine Regierung, die nicht den Regierungen der verschiedenen Mitgliedsstaaten, sondern deren Völkern verantwortlich ist, von denen sie gewählt wird und über die sie im Rahmen ihrer Zuständigkeit eine unmittelbare Befehlsgewalt ausüben können müssen.

2. Ein Heer, das dieser Bundesregierung unterstellt ist und jede andere nationale Armee ausschließt.

3. Einen höchsten Gerichtshof, der über alle auf die Auslegung der Bundesverfassung bezüglichen Fragen urteilen und die etwaigen Streitigkeiten unter den Mitgliedstaaten oder zwischen den Staaten und dem Bund entscheiden wird.

V

Der Friede, der aus dem Kriege hervorgehen wird, wird auf Gerechtigkeit und Fortschritt und nicht auf Rache und Reaktion gegründet sein müssen; aber er wird ebenso sehr unversöhnlich gegenüber allen Kriegsverbrechen sein müssen, deren Straflosigkeit eine Beleidigung für das Opfer der Kriegsgefallenen und besonders der unbekanntenen Helden der europäischen Widerstandsbewegung sein würde. Deutschland und seine Satelliten werden an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau der von ihnen verwüsteten Gebiete sich beteiligen müssen. Aber man wird Deutschland Hilfe angedeihen lassen und es nötigenfalls zwingen müssen, seine politische und wirtschaftliche Struktur so umzugestalten, daß es sich in den föderalistischen Bund einfügen kann. Zu diesem Zwecke wird es völlig entwaffnet und vorübergehend einer Bundeskontrolle unterworfen werden müssen, deren Hauptaufgaben folgende sein werden:

Übertragung der Macht auf die aufrichtig demokratischen Elemente, die den Kampf gegen den Nazismus ohne Zweideutigkeit geführt haben.

Wiedererrichtung eines demokratischen, dezentralisierten Staatswesens, in dem keine Spur des preußischen Bürokratismus und Militarismus mehr vorhanden ist.

Radikale Beseitigung des Feudalsystems in Landwirtschaft und Industrie.

Eingliederung der deutschen Schwerindustrie und chemischen Industrie in die europäische Industrieorganisation, damit sie nicht mehr für nationalistische deutsche Zwecke benützt werden kann.

Vorkehrungen dagegen, daß die Erziehung der deutschen Jugend nach nazistischen, militaristischen und totalitären Lehren erfolgt.

VI

Die unterzeichneten Widerstandsbewegungen anerkennen die Notwendigkeit einer aktiven Teilnahme der Vereinten Nationen an der Lösung des europäischen Problems, sie fordern aber, daß alle Maßnahmen, die zwischen Einstellung der Feindseligkeiten und Friedensschluß getroffen werden, den Erfordernissen der Bundesorganisation entsprechen.

Sie wenden sich an alle geistigen und politischen Kräfte der Welt und besonders an jene der Vereinten Nationen um Unterstützung der in der vorliegenden Erklärung bezeichneten Ziele.

Sie verpflichten sich, ihre besonderen nationalen Probleme als Teilprobleme des allgemeinen europäischen Problems zu betrachten, und sie beschließen, sofort ein ständiges Büro zu errichten, das die Aufgabe haben soll, ihre An-

strengungen für die Befreiung ihrer Länder, für die Organisation des föderalistischen Bundes der europäischen Völker und für die Herbeiführung des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt zusammenzufassen.

Mai 1944.

Zur Psychologie und Soziologie der Massen

(Eine Auseinandersetzung mit der reaktionären Theorie des Bürgertums)

Von Julian Forster

(Schluß)

IV.

Nach unserer früheren Einteilung hatten wir Masse im populären Sinne des Wortes (= Vielzahl, Menge, Volk) von psychologischer Masse unterschieden und diese schließlich von Masse im soziologisch-politischen Sinne abzuheben gesucht. Auch Wilhelm *Vleugels* unterscheidet die Betrachtungsweise des Psychologen von der des Soziologen, nur gelingt ihm die rechte Abklärung nicht, da er dem Begriff der Masse in unserem populären allgemeinen Sinn lediglich den der Masse im psychologischen Sinne entgegenhält und meint, «daß nur gewisse Grenzerscheinungen auf dem Gebiete der Massenforschung ausschließlich der Psychosozilogie bzw. der Soziopsychologie zugeordnet werden können³.» Demgegenüber können wir darauf hinweisen, daß er selbst – im Gegensatz zu *Le Bon* – eine *soziologisch-politische* Definition der Masse gibt, auf die wir bald eingehen werden. Um die Unterschiede deutlich zu machen, könnte man zusammenfassend sagen: Wie die Menge, der Haufen beieinander befindlicher Menschen etwas Spezifisches erfahren muß, damit die vielen Einzelnen die gleichen psychischen Haupterlebnisse, Affektbeeinflussungen und Denkvorgänge haben, durch die sie zur Masse im psychologischen Sinne werden, so müssen ganz bestimmte Faktoren noch hinzukommen, nämlich: Solidarität untereinander, Rechtsbewußtsein, Opferbereitschaft und Kampfentschlossenheit, damit wir die Masse im soziologisch-politischen Sinne in ihr erkennen.

Wie aber kommt es zur gemeinsamen psychischen Haltung der kämpfenden Masse, die sich ja aus einer Vielzahl von Menschen der verschiedensten Glaubens- und Interessenrichtungen zusammensetzt, und die durch die Wucht der allgemeinen Übereinstimmung und durch ihre Radikalität alle diejenigen tief beunruhigt, die die Forderungen der Masse nicht begreifen oder Grund haben, sie zu fürchten?

Die gemeinsame psychische Haltung der Masse wächst aus dem allgemeinen seelischen Druck, unter dem jeder von ihnen, solange er ein Einzelner war, die Not ertragen hat, aus dem erwachenden Bewußtsein des gemeinsamen Schicksals und des *eindeutigen* Auswegs, der vorerst in der Niederringung des gemeinsamen Gegners liegt, – wozu der Einzelne, der allgemeinen Lage nach, nicht fähig ist. Als Einzelner, und mag er eine

³ Wilhelm *Vleugels*: «Die Masse», Beiträge zur Beziehungslehre, Heft III (herausgegeben von L. v. Wiese), München 1930, S. 26.